

Erklärungen des Staatskanzlers Renner über die Nahrungs-, Kohlen- und Rohstofffrage.

Im Abendblatte wurde über eine Konferenz der Interessenten der Metallindustrie berichtet, in der Staatskanzler Renner Erklärungen abgab. Ueber den weiteren Verlauf der Beratungen liegt ein Bericht vor, dem folgendes zu entnehmen ist:

Abg. Domes erklärt, die erste Voraussetzung, wieder zu einer geordneten Produktion zu kommen, sei eine erschöpfende Regelung des Verhältnisses der Beamten und Arbeiter zum Unternehmer. Es sei nicht nur eine Vermehrung der Lebensmittelmengen, sondern auch insbesondere ein Abbau und eine Regelung der Lebensmittelpreise notwendig. Von ebensolcher Wichtigkeit sei die Kohlenfrage. Redner tritt für die Stilllegung der nicht lebensfähigen Betriebe ein und erklärt, die Arbeiter seien bereit, in gemeinsamer Arbeit mit den Unternehmern zu unterziehen, welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um wieder zu einer geordneten Produktion zu kommen.

Staatskanzler Dr. Renner erwidert, es werde ein Kollektivvertrag, und zwar für das ganze Staatsgebiet von Deutschösterreich, allerdings mit den Abstufungen, die sich sowohl aus den einzelnen Zweigen der Produktion als auch aus der örtlichen Schichtung ergeben, gefordert. Dieser Vertrag soll weiter nicht nur die Arbeiter im engeren Sinne, sondern auch die Beamten und Angestellten umfassen. Weiter werde in bezug auf die Arbeitsverfassung Gewicht darauf gelegt, daß diese nicht nur von dem in Beratung stehenden Betriebsratsgesetz abhängig gemacht werde, sondern daß eventuell für sie auch eine andere Grundlage gefunden werde. Besonderer Wert werde auch auf die einheitliche Regelung der Lebensmittelpreise und eine entsprechende Vermehrung der Lebensmittelmengen gelegt. In dieser Hinsicht verweist der Staatskanzler darauf, daß vom nächsten Sonntag an die Mehlquote erhöht werde. Die geltenden Getreide- und Mehlpreise seien aber viel niedriger als die Weltmarktpreise. Die Frage der Mehlpreise sei seit jeher das Schmerzenskind der Regierung und des Parlaments. Die Belastung des Staatschatzes habe schon beinahe die Belastungsgrenze erreicht, mehr gehe nicht herauszuschlagen. Daraus ersehe man, wie schwer der Wunsch der Arbeiterschaft zu erfüllen sei, die Lebensmittelpreise zu stabilisieren, da diese ja ganz und gar von den Entente-preisen abhängen. Mit dieser Frage sei im gewissen Sinne die Kohlen- und Rohstofffrage verknüpft. Die Kohlen werden überwiegend nur aus dem Auslande bezogen, und es koste immer schwierigere Verhandlungen, um aus der Tschechoslowakei und aus Polen Kohlen zu bekommen. Versuche, von England und Amerika Kohle zu bekommen, seien bis jetzt gescheitert. Doch hoffe der Staatskanzler, daß sich auch hier noch Zusätze werden erzielen lassen. Eines steht aber fest, erklärt der Staatskanzler, daß wir sowohl in der Lebensmittel- wie in der Rohstoff- und Kohlenfrage ganz und gar davon abhängen, daß unsere Beziehungen nach außen ungetrübt sind und daß im Apparat der Zufuhren keine Störung eintritt. Eine Störung des Wirtschaftslebens würde sofort die Kohlen- und Lebensmittelfuhren unterbinden. Das ist der äußere Zwang, unter dem wir leben, und ich bin gezwungen, dies der ganzen Arbeiterschaft zum vollen Bewußtsein zu bringen.

Ingenieur Seidel betont, daß die Industriebeamten und Angestellten sich unter allen Umständen mit der Arbeiterschaft solidarisch erklären und geschlossen mit ihnen vorgehen werden. Das Betriebsratsgesetz genüge nicht; den Arbeitern und Angestellten müsse ein viel größerer Einfluß eingeräumt werden.

Abgeordneter Wiedenhofer bezeichnet als Hauptfragen den Anschaffungsbeitrag, ein höheres Lohnentkommen und die Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten. Unersetzlich sei auch die Vereinfachung des Betriebskapitals insbesondere eines Lohnfonds für die Arbeiter. Mit der Liquidierungskommission, die mit ihren Arbeiten nicht fertig werden könne, müsse endlich aufgeräumt werden. Eine brennende Frage sei die der Arbeitslosigkeit, für die bald eine organische Lösung gefunden werden müsse. Die Arbeitslosenunterstützung sei eine Belastung, aber auch eine Schwächung des Staates, weil sie eine unproduktive Ausgabe bedeute.

In der Frage der Schuh- und Kleiderbeschaffung teilt Staatskanzler Dr. Renner mit, daß das Staatsamt für Heereswesen ursprünglich einen Materialbestand für 200.000 Mann Militär vorgesehen hatte, daß es diesen Bedarf auf 50.000 Mann reduziert habe und bereit sei, in eine weitere Reduzierung der Vorräte für das Militär zu willigen, so daß an das Zivil noch mehr wird herausgegeben werden können. In der Frage der Vereinfachung des Betriebskapitals und eines Lohnfonds werde der Finanzminister gehört werden müssen.

Es gelangen nun die Vertreter der Unternehmerschaft zu Wort.

Experte Urban (Präsident des Wiener Industriellenverbandes) hebt hervor, daß heute die meisten Unternehmer mehr Schulden haben als vor dem Kriege. Ein Hemmnis der Sanierung unserer Verhältnisse ist auch der falsche Kreislauf der Valuta. Die Löhne werden unangeseht erhöht, das Papiergeld nimmt zu, dadurch steigen die Preise, und nach einigen Wochen ist die Lage womöglich noch schlimmer als vorher. Die Industrie steht heute selbst auf dem Standpunkte der Demokratisierung der Betriebe; sie hat bloß Bedenken gegen einzelne zu weitgehende Anträge. Die Industriellenorganisation ist stets bemüht, Vereinbarungen, die sie mit den Gewerkschaftsvertretern getroffen hat, auch bei jedem einzelnen Industriellen Achtung zu verschaffen. Wichtig ist die Regelung der Ausfuhrfrage und der Auslandskredite. Wir haben infolge des Zusammenbruchs 80 Prozent unseres Ausfuhrgebietes verloren, so daß wir uns nicht autarkisch auf unserem Staatsgebiete beschränken können. Redner schlägt die Einsetzung einer Wirtschaftskommission, zusammengesetzt aus Arbeitern und Unternehmern, und zur Vereinfachung der Lohnfragen die Bildung von Unteraussschüssen vor. Schließlich wünscht er, daß die nach dem Zusammenbruche angelegte paritätische Industriekommission, die rasche und gute Arbeit geleistet hat, neu belebt werde, um die Arbeiten der Bureaucratie zu beschleunigen.

Experte Hinterschweiger (Oberösterreich) gibt namens des Landesverbandes der Industriellen Oberösterreichs und des Steirischen Eisenwerks- und Stahlverbandes die Erklärung ab, daß sie einem Kollektivvertrag mit der gesamten Gewerkschaftskommission zustimmen. Dabei muß aber die Entlohnungsfrage nach den örtlichen Verhältnissen abgestuft werden. Dies werde Sache einer separaten Vereinbarung mit den Gewerkschaftskommissionen jedes Landes sein.

In der Nachmittags-sitzung führt der Sekretär des Industriellenverbandes der Sektion Graz Dr. Weidenhofer aus, der Industrie Deutschösterreichs müsse die Exportmöglichkeit gewahrt bleiben. Es dürfe aber auch im Inlande keine so hohen Preise entstehen, so daß im Inlande eine Art Absatzblockade entsteht. Was die Forderungen der Arbeiter betreffe, würde die sofortige Auszahlung eines Anschaffungsbeitrages an viele hunderttausende Arbeiter bei den

beschränkten Vorräten im Inlande preistreibend wirken. Dazu komme die Entwertung unserer Valuta, gegen die Unternehmer und Arbeiter ankämpfen müssen. Die Industrie sei jetzt entschlossen und bereit, die von der Arbeiterschaft erhobene Forderung nach einem Kollektivvertrag anzunehmen. Auch die Industrie habe im Kriege umgelernt und sei im Begriffe, noch weiter umzulernen. (Zustimmung.) Aber auch die Arbeiterschaft müsse bezüglich mancher ihr bisher geläufigen Begriffe ihr Urteil revidieren. Auch die Unternehmerschaft stehe auf dem Standpunkte, daß die Arbeitsverfassung den modernen Begriffen angepaßt werden soll und müsse. Bezüglich der Lebensmittel der Arbeiter müsse der Grundsatz aufgestellt werden, daß jeder so viel bekommen sollte, als er aufzuzehren imstande sei. Alle Lohnerhöhungen haben sich bisher als wirkungslos erwiesen. Bei Kompensationsverhandlungen wegen Beschaffung von Kohle müsse die ganze Entscheidung in eine Stelle gelegt sein, das Kohlenamt wäre hierzu die berufene Stelle. Redner verlangt, daß die Liquidierungskommission endlich ihre Arbeiten beende. Der Tatsache, daß die Beamtenschaft heute mit den Arbeitern solidarisch sei, werde sich die Industrie anpassen. Die Frage der Arbeitslosen sei ein gemeinsames Arbeitsgebiet zwischen Unternehmern und Arbeitern und es sei nicht angezeigt, sich in dieser Frage immer wieder an den Staat zu wenden. Durch die Organisation eines freien Exports könnte die Industrie die zur Fristung des Landes notwendigen Lebensmittel aus dem Auslande beschaffen. Unsere Ware und nicht unsere Krone sollte ins Ausland wandern. (Lebhafte Zustimmung.) Redner ladet die Arbeiter ein, gemeinsam mit den Unternehmern an die Tat zu gehen. (Lebhafte Zustimmung.)

Experte Arbeiter Handel (Zulka) erklärt, die Arbeiterschaft habe aus den Lohnbewegungen keinen Nutzen gezogen. Es müsse endlich einmal an den Abbau der Lebensmittelpreise geschritten werden.

Experte Arbeiter Handhoyer (Steyr) erklärt, Arbeiter und Unternehmer treffen sich bereits gemeinsam in gewissen Punkten. Die Arbeiterschaft arbeite lieber zehnmal, als daß sie Unterzählungen annehme. Gerade der deutschösterreichische Arbeiter sei überaus arbeitsam.

Das Wirtschaftsprogramm der Regierung.

Nach den Ausführungen der Redner Schinagl, Generaldirektor Friedländer, Staatssekretär Hanusch, Großmann, Schorsch, Schwefel, Schlesinger, Strunz, Blumauer und Urban sprach Staatskanzler Dr. Renner, der sagte: Es ist selbstverständlich, daß sich der Arbeiter eine Gesellschaftsordnung denkt, in der er nicht gezwungen ist, für einen Privatunternehmer zu arbeiten, sondern direkt für die Gesellschaft. Es ist ebenso selbstverständlich, daß der Unternehmer sagt: es muß jemand mit seinem eigenen Vermögen für den Produktionserfolg verantwortlich sein, sonst ist die Wirtschaftlichkeit nicht garantiert. Diese beiden Grundsätze werden in der Welt noch ausgesprochen werden und ich möchte in meiner Stellung als Staatskanzler keinem der beiden Grundsätze präjudizieren. Wir sind durch den Abfall der Nationalstaaten und durch das Kriegsergebnis ein winziger Staat geworden, aber dieser winzige Staat ist vielleicht der ausgesprochene Exportstaat, den man sich denken kann. Unsere Industrie arbeitet nur mit 10 Prozent für das eigene Land und mit 90 Prozent für die Umländer. Drei Viertel unserer Bevölkerung sind in ihrer Ernährung auf die Zufuhren aus dem Auslande angewiesen und so schmerzhaft es uns allen sein mag, daß wir wirtschaftlich in einer solchen Abhängigkeit von der Entente sind, so müssen wir daraus die Konsequenzen ziehen. Wenn ich das Glück hätte, den Vertretern der Entente zu sagen: Wir haben in unserer Metall- und Eisenindustrie einen Modus des Zusammenwirkens gefunden, mit schafft uns auch die notwendigen Kohlen und Rohstoffe, nehmt uns unsere Produkte ab, so würde ich auch bei der Entente Gehör finden. (Beifall.)

Wir haben auch mit der Konkurrenz der neu entstandenen Staaten zu kämpfen. Unsere Sisenindustrie ist durch den Krieg vom russischen Gebiete abgesperrt worden und Schweden sucht sich an ihre Stelle zu setzen. Die Tschechen beliefern ihre Eisenwerke voll mit Kohle und liefern uns das Eisen, das wir selbst reichlich erzeugen könnten, schützen sich aber selbst gegen die Anlieferung unseres Eisens durch hohe Ueberzölle. Wir befinden uns in einer außerordentlich schwierigen Lage und dies ist sichtbar in den Kassen der Unternehmer. In meinen Augen ist der Unternehmer nicht so sehr Privateigentümer seiner Produktionsmittel, sondern hat eine soziale Funktion zu erfüllen, die er genau so gut erfüllt, wenn er einfacher Angestellter der Gesellschaft wäre. Der Unternehmer hat das soziale Betriebskapital zu verwalten und da ist es eine für die Arbeiterschaft beachtenswerte Tatsache, daß das Betriebskapital dem Unternehmer vielfach nicht durch seine Schuld entzogen ist. Soweit die Unternehmer sich das Betriebskapital nicht durch ihre Organisationen beschaffen können, muß der Staat es tun. Die Ansicht, es gebe im Lande Werte genug, ist ein Fehlschluß, denn mit Realitäten kann man nicht zahlen; es handelt sich darum, flüssige Mittel zu beschaffen. Dazu müssen wir erst unsere Valuta in Ordnung bringen und hierzu soll in erster Linie die Vermögensabgabe dienen. Die jahrzehntelange Arbeit der Gewerkschaften hat so viel ökonomischen Sinn in der Arbeiterschaft geweckt, daß die Arbeitermassen dies auch verstehen. Eine Opposition soll uns nicht irre machen, wenn alle jene, die das Vertrauen der Arbeiterklasse seit Jahrzehnten genießen, sich dagegen zur Wehre setzen, daß wir in unserer ohnedies auf das tiefste erschütterten Ökonomie durch eine allgemeine Anarchie zur Auflösung kommen. Denn auch der entschlossene Kommunist kann nur das kommunizieren, was da ist, aber nicht das, was zerstört ist. (Lebhafte Beifall.) Es herrscht vollständiges und rücksichtsloses Einverständnis bei allen Teilnehmern der heutigen Konferenz, daß nunmehr die industrielle Demokratie in den Betrieben der Wahrheit gemacht werden muß. (Lebhafte Beifall.)

Ein weiteres Ergebnis der Debatte ist die Anerkennung der Organisation auf beiden Seiten und die Notwendigkeit, das Organisationswerk einmütig zu Ende zu führen. Es ist weiters festgelegt, daß Kollektivverträge geschlossen werden, die sich auf das ganze Staatsgebiet beziehen sollen. Es hat sich gezeigt, daß in bezug auf die Finanzierung, in bezug auf die gemeinsamen Sorgen um den Absatz und um die Einfuhr von Lebensmitteln ein Zusammenwirken zwischen Unternehmer und Arbeiterschaft möglich ist. Wenn wir die Zufuhr aus dem Auslande und die Möglichkeit der Ausfuhr unserer Produkte erreichen können, werden wir die augenblicklichen Schwierigkeiten überwinden können. Ich hoffe, daß es uns gelingen wird, noch vor Ostern dieses Werks zu vollenden, damit die Arbeiterschaft und die Unternehmerschaft von hier aus eine frohe Osterbotschaft empfangen. (Lebhafte Beifall.)

Es werden hierauf über Vorschlag des Abgeordneten Domes vier Kommissionen gewählt, und zwar eine Anschaffungsbeitrags- und Lohnkommission, eine Kommission zur Behebung der Produktion, eine Finanzkommission und eine Kommission für Arbeitsverfassung. Die Arbeitslosen- und sonstigen Fragen werden der bereits bestehenden paritätischen Industriekommission zugewiesen.